



Einzigartige Tagung für Flüchtlings- frauen

52 Flüchtlingsfrauen aus dem Kosovo, Afghanistan, Iran, Irak, Tschetschenien, dem Kongo, Kamerun, Nigeria, dem Libanon und Syrien begegneten sich am 11. und 12. Juli bei der 20. Tagung für und mit Flüchtlingsfrauen von Diakonischem Werk Württemberg und Evangelischer Akademie Bad Boll: Fluchtursachen und Fluchtgründe sowie die Schwierigkeiten im deutschen Alltag kamen zur Sprache. Das Leben im Exil erfordert von ihnen eine neue Orientierung in anderer Kultur und Gesellschaft. Außerdem sind rechtliche und politische Rahmenbedingungen einzuhalten, die im Alltag häufig zu Stolpersteinen werden.

Als „einzigartig in Deutschland“ bezeichnete Anna Büllsbach, die Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, die Tagungen, die das Diakonische Werk Württemberg und die Evangelische Akademie seit 20 Jahren jeden Sommer in Bad Boll anbieten. „Ziel der Tagungen ist es, Flüchtlingsfrauen Partizipation zu ermöglichen und Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern“, sagt Birgit Dinzinger, Fachleitung Migration im Diakonischen Werk Württemberg. Ebenso solle das Forum, das die Tagungen anbietet, die gesellschaftliche Diskussion verstärken. „Vieles hat hier seinen Anfang genommen“, resümierte Büllsbach zur Eröffnung der Jubiläumstagung. „Nicht nur der Austausch von Flüchtlingsfrauen aus verschiedenen Herkunftsländern ist sehr wichtig. Auch der Kontakt zu Expertinnen und Vertreterinnen von Behörden und der Politik wird hergestellt.“

Im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung stellten sich beim Programmpunkt „Flüchtlingsfrauen befragen Politikerinnen“ die Bundestagsmitglieder Karin Maag, CDU, Gabriele Fograscher, SPD, und Ingrid Hönlinger, Bündnis 90/Die Grünen, den Anfragen der Frauen. Betroffen, einfühlsam und mitunter sprachlos reagierten sie auf Wortmeldungen in Gesprächsgruppen oder in großer Runde: Was geschieht mit alten und kranken Familienangehörigen? Können traumatisierte Personen irgendwann mit einem sicheren Aufenthalt in Deutschland rechnen? Warum müssen Kinder, die an überregionalen sportlichen Wettkämpfen teilnehmen, für jede Fahrt dorthin eine Genehmigung der Ausländerbehörde einholen? Warum ist es nicht gestattet, eine selbst gefundene Arbeitsstelle sofort anzutreten? Wieswegen wird einer Flüchtlingsfrau die Erstattung einer ärztlich verordneten Brille abgelehnt, wenn sie eine Aufenthaltsgestattung hat?

Unter Tränen schilderte eine Frau die Problematik der verfolgten, bedrohten und zurückgelassenen Familie im Irak. Über lange Verwaltungszeiten, die ein zukunftsorientiertes Leben von Kindern nicht ermöglichen, klagte eine Frau aus dem Iran. Von der Scham und der Unbeweglichkeit beim Einkaufen mit Gutscheinen berichtete eine junge Türkin: Leute mit Taschenrechner bei Lidl seien immer als Flüchtlinge erkennbar, denn der Betrag für die 20- und 50-Euro-Gutscheine müsse beim Einkauf aufgehen.

Auch wurde die jahrelange Vernachlässigung interkultureller Kompetenz bei Behörden angeprangert. Das Wissen und der Umgang mit kulturellen Gewohnheiten müsse eine Selbstverständlichkeit für alle Mitarbeitenden von Ämtern werden, die mit ausländischen Menschen zu tun hätten, forderten die Betroffenen.

In ihren Schluss-Statements sagten die Politikerinnen zu, sich – auch fraktionsübergreifend – der vorgetragene Anliegen anzunehmen. Karin Maag betonte die Individualität einzelner Schicksale, die sie zum Teil nur mit juristischer Hilfe klären könne, fügte aber hinzu: „Es ist nicht nur wichtig, Gesetze zu machen, sondern zu beobachten, wie die Gesetze vor Ort ausgeführt werden.“ Keiner brauche sich wegen eines Amtsgangs oder einer Antragstellung zu schämen: „Wenn Sie schlecht behandelt werden, teilen Sie uns das mit“, so Maag. In Deutschland würden alle Menschen gleich behandelt, ob sie die deutsche Sprache beherrschten oder nicht.

„Zu den schlimmen Erfahrungen im Heimatland und auf der Flucht kommen nun bedrückende Erfahrungen in Deutschland hinzu“, bemerkte Gabriele Fograscher gegenüber den Frauen. Gesetze und Regelungen, die Schwierigkeiten bringen, gehörten dazu. „Dabei würde es nicht einmal Geld kosten, diese zu ändern“, so die Politikerin, die sich ebenfalls um Einzelfälle aus den Gruppengesprächen bemühen will.

Ingrid Hönlinger bekundete in ihrem Fazit: „Es bedrückt mich, dass einige von ihnen durch dieses System krank werden und durch die Unsicherheit, in der sie leben.“ In der Politik seien nicht nur die Umsetzung, sondern auch die Gesetze selbst zu überdenken: „Vielleicht gelingt es uns, das Asyl- und Aufenthaltsrecht etwas offener und menschlicher zu gestalten.“